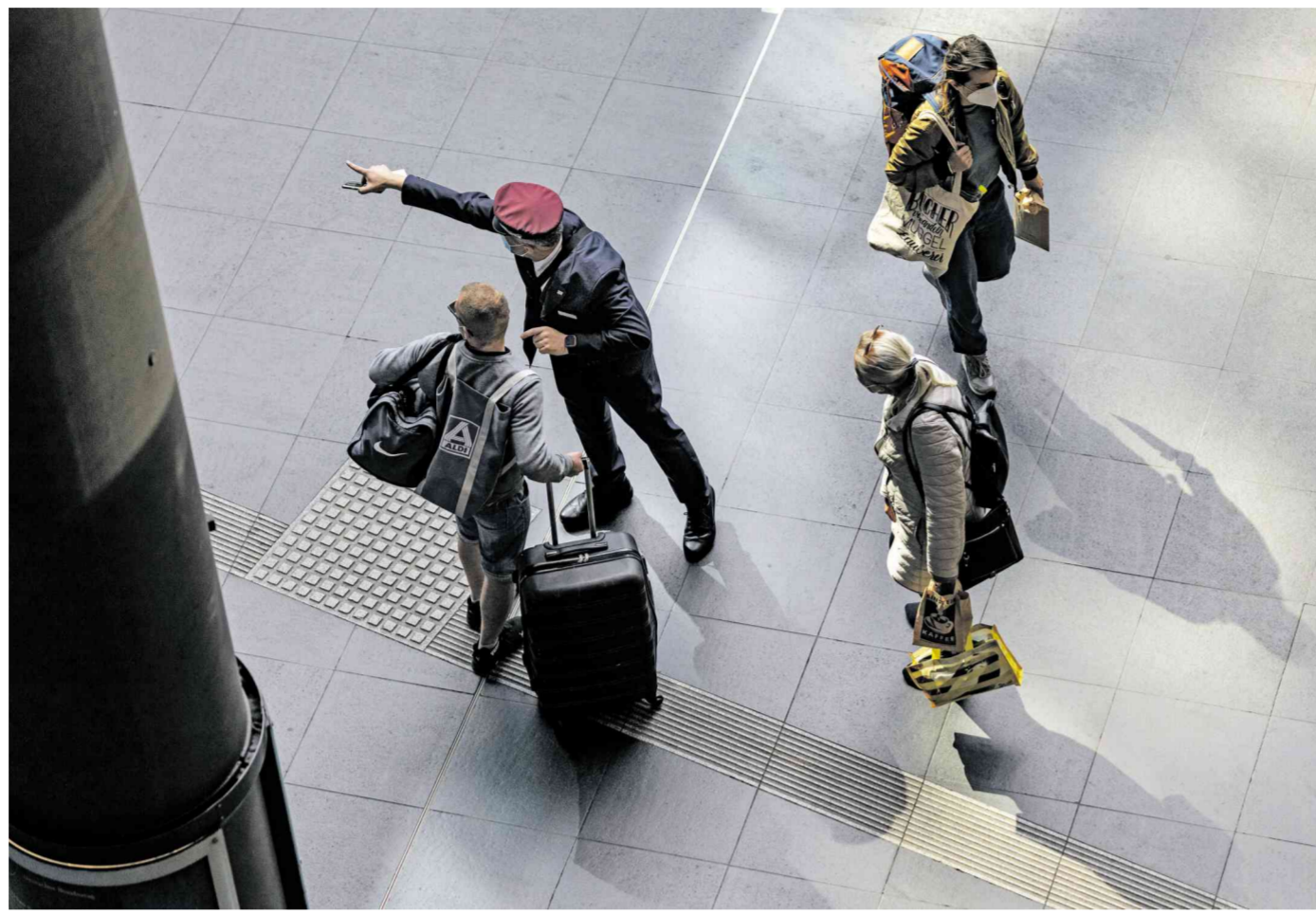


Milliarden für Opfer der Opioid-Krise

lid. NEW YORK. Der im Mittelpunkt der Opioid-Epidemie in den Vereinigten Staaten stehende Arzneimittelhersteller Purdue Pharma und die Inhabersfamilie Sackler haben einen Vergleich geschlossen, um zahlreiche Zivilklagen zu beilegen. Das Unternehmen soll demnach in eine Art Stiftung umgewandelt werden, die weiter opioiddahaltige Schmerzmittel verkauft, daneben aber auch Medikamente zur Behandlung von Suchterkrankungen. Die Familie Sackler soll in der neuen Gesellschaft keine Rolle mehr spielen. Sie soll darüber hinaus 4,5 Milliarden Dollar zahlen, die unter anderem in Präventions- und Behandlungsprogramme fließen. Ein New Yorker Insolvenzrichter hat am Mittwoch den entsprechenden Plan genehmigt. Im Rahmen des Vergleichs hat sich die Familie eine umstrittene Immunitätsklausel gesichert, die sie vor gegenwärtigen und künftigen Klagen schützt. Das Abkommen ebnet den Weg, mehrere Tausend Klagen von Bundesstaaten und Kommunen zu beilegen. Die meisten Kläger haben dem Vergleich zugestimmt, einige Bundesstaaten wollen allerdings in Berufung gehen. Wegen des Missbrauchs von Opioiden sind in Amerika seit den Neunzigerjahren rund 500 000 Menschen gestorben. (Siehe Wirtschaft, Seite 25.)



Keine Einigung in Sicht: Reisende suchen am Berliner Hauptbahnhof nach Wegen. Foto Andreas Pein

Lokführer-Gewerkschaft nennt Angebot der Bahn „vergiftet“

Weselsky: Müllhaufen der Geschichte / Konzern wehrt sich vor Gericht gegen Streik

dc. BERLIN. Der Tarifkonflikt zwischen der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) und der Deutschen Bahn hat sich am Donnerstag trotz eines erweiterten Lohnangebots der Arbeitgeberseite weiter verschärft. Die GDL wies den seit Mittwochabend vorliegenden neuen Lösungsvorschlag als „vergiftet“ zurück und setzte ihren schon laufenden Arbeitskampf im Güter- und Personenverkehr fort. Im Gegenzug verlagerte die Bahn die Auseinandersetzung auf die juristische Ebene. Sie reichte einen Eilantrag beim Arbeitsgericht Frankfurt ein mit dem Ziel, den Streik gerichtlich verbieten zu lassen. Die Entscheidung des Gerichts wurde für den späteren Donnerstagabend erwartet.

Der GDL-Vorsitzende Claus Weselsky kommentierte das neue Tarifangebot der Bahn, das nun auch eine bezifferte Corona-Sonderprämie enthält, mit den Worten: „Ein unannehmbares Angebot gehört auf den Müllhaufen der Geschichte.“ Der Streik gehe daher weiter. Der jüngste

Vorschlag des staatseigenen Unternehmens sieht vor, dass die Beschäftigten neben Lohnerhöhungen von 3,2 Prozent in zwei Stufen eine einmalige Corona-Sonderprämie von 400 oder 600 Euro je nach Tarifgruppe erhalten sollen. Zudem zeigte sich die Bahn bereit, die zuvor von ihr angestrebte Laufzeit der Lohnvereinbarungen etwas zu verkürzen: Statt bis Juni 2024 würden die Tariflöhne dem neuen Vorschlag zufolge nur bis Februar 2024 festgeschrieben. Auf die GDL-Forderung, eine erste Stufe der Lohnerhöhung schon in diesem Jahr umzusetzen, ging die Bahn in ihrer Mitteilung nicht ein.

Weselsky bekräftigte seinen Vorwurf, dass die Bahn die GDL in ihrer Existenz bedrohe. In dem Angebotsschreiben an die Gewerkschaft habe sie schriftlich verankert, dass sich die GDL auf den bisherigen Geltungsbereich ihrer Tarifverträge beschränken solle, sagte er auf einer Kundgebung. Er werde nicht „freiwillich unterzeichnen, dass es Mitglieder erster und zweiter Klasse gibt“. Die GDL, die in der

Vergangenheit Tarifverträge für Lokführer und Zugbegleiter abgeschlossen hatte, will ihre Zuständigkeit in dieser Tarifrunde auf andere Bereiche wie das Bahnhofs- und das Werkstattpersonal ausdehnen.

Die Bahn begründete ihren Eilantrag auf Verbot des Streiks damit, dass es der GDL „offenkundig mehr um rechtliche und politische Themen“ gehe als darum, über Lösungen für gute Arbeitsbedingungen zu verhandeln. „Das Streikrecht ist ein hohes Gut“, erklärte Bahn-Personalvorstand Martin Seiler. Allerdings müssten sich Streiks im Rahmen des geltenden Rechts bewegen. „Das ist nach unserer Auffassung bei den Streiks der GDL nicht der Fall.“

Die von der Gewerkschaft am vergangenen Freitag angekündigte dritte Streikwelle dieses Sommers hatte am Mittwochnachmittag zunächst im Güterverkehr begonnen. In der Nacht zu Donnerstag weitete die Gewerkschaft den Ausstand dann abermals auf Fern- und Regionalzüge aus. (Siehe Seite 10 sowie Wirtschaft, Seite 17.)

Vorstoß für schnellere EU-Militäreinsätze

Kramp-Karrenbauer für „Koalition der Willigen“ / Borrell will schnelle Eingreiftruppe

T.G./ahan. KRANJ/FRANKFURT. Bundesverteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU) will EU-Militäreinsätze künftig einer „Koalition von Willigen“ übertragen. Beim Treffen der EU-Verteidigungsminister in der slowenischen Stadt Kranj schlug sie vor, erstmals eine Klausel des EU-Vertrags zu nutzen, „damit wir selbst handlungsfähiger werden“. Artikel 44 des EU-Vertrags eröffnet die Möglichkeit, dass die Mitgliedstaaten eine Gruppe williger Staaten mit einem Einsatz betrauen, den diese dann in eigener Verantwortung führen. Diese Ermächtigung muss zwar einstimmig erfolgen, doch könnte sie Entscheidungen beschleunigen und den Anreiz für Vetos mindern.

Die Ministerin präsentierte ihren Vorstoß als Lehre aus der „schweren Niederlage“ in Afghanistan. Aus dem Verteidigungsministerium hieß es erläutern,

dass bei der Luftbrücke in Kabul weder die NATO noch die EU als Organisationshandlungsfähig gewesen seien. Der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell begrüßte den Vorstoß und brachte selbst eine neue schnelle Eingreiftruppe der EU mit etwa 5000 Soldaten ins Gespräch.

In Kabul liefen derweil Vorbereitungen der Taliban für die Vorstellung ihrer künftigen Regierung. Das „Ministerium für Information und Kultur“ bereite eine Zeremonie im Präsidentenpalast vor, verkündete die Islamisten auf Twitter und zeigten Bilder von zahlreichen weißen Bannern mit den Schriftzügen der Taliban. Der afghanische Sender Tolo News zitierte am Donnerstag ein Mitglied der Kulturkommission der Taliban mit der Aussage, dass der Beratungsprozess über die Postenvergabe fast abgeschlossen sei. Beobachter erwarten sich von der Besetzung ei-

nes Kabinetts Aufschluss über die Frage, in welche Richtung die Islamisten das Land nach der Machtübernahme führen wollen. Im westafghanischen Herat demonstrierten etwa 50 Frauen öffentlich für Frauenrechte und eine Beteiligung an der Regierung.

Zugleich arbeiten die Taliban gemeinsam mit Qatar an einer Wiedereröffnung des Kabuler Flughafens. „Wir sind zuversichtlich, dass wir ihn so bald wie möglich in Betrieb nehmen können“, sagte der qatarische Außenminister Mohammed bin Abdulrahman al Thani in Doha und rief die neu regierenden Islamisten auf, sichere Ausreisen zu ermöglichen. „Es ist sehr wichtig, dass die Taliban sich verpflichten, der afghanischen Bevölkerung sicheren Geleit und Freizügigkeit zu gewähren“, sagte al Thani. (Siehe Seite 2; Kommentar Seite 10.)

„Digitaler Hass ist nicht gleich Rechtsextremismus“

mgt. FRANKFURT. Digitaler Hass auf moderierten Facebook-Seiten deutscher Massenmedien hat seit 2018 deutlich abgenommen. Zu diesem Ergebnis sind Forscher der Universität Leipzig und der Hochschule Macromedia gekommen, die unter anderem 100 000 Publikums Kommentare auf reichweitenstarken Facebook-Seiten deutscher Massenmedien in den Jahren 2018 und 2020 erfasst und daraus 1303 Hasskommentare analysiert haben. Im Gespräch mit der F.A.Z. warnen sie davor, digitalen Hass mit Rechtsextremismus gleichzusetzen. (Siehe Seite 4 sowie www.faz.net/einspruch.)

Ausnahmezustand an Polens Grenze zu Belarus

rve. FRANKFURT. Der polnische Präsident Andrzej Duda hat am Donnerstag den Ausnahmezustand über einen drei Kilometer breiten Streifen an der Grenze des Landes zu Belarus verhängt. Die rechte Regierung begründet diesen Schritt, der unter anderem eine unabhängige Berichterstattung aus dem Grenzgebiet unmöglich macht, mit dem vom belarussischen Machthaber Alexandr Lukaschenko organisierten Andrang von Flüchtlingen und mit dem kommende Woche beginnenden russisch-belarussischen Militärmanöver Sapad-2021. Die Opposition kritisiert den Ausnahmezustand scharf. (Siehe Seite 10.)

Komponist Mikis Theodorakis gestorben

jbm. FRANKFURT. Der griechische Komponist und Politiker Mikis Theodorakis ist tot. Er starb am Donnerstag im Alter von 96 Jahren in Athen. Theodorakis hatte im Widerstand gegen die deutsche Besatzung gekämpft und war 1967 von der griechischen Militärregierung verhaftet und gefoltert worden. Als Komponist wurde er berühmt durch die Filmmusik zu „Alexis Sorbas“ mit Anthony Quinn in der Hauptrolle. Er schrieb Chansons, Symphonien und das Oratorium „Canto General“ nach Texten von Pablo Neruda. Lange blieb er für Griechenlands Linke politisch aktiv. (Siehe Feuilleton, Seite 13.)

Es geht nicht ohne Impfzentren

Von Thomas Holl

D eutschland geht in einen Corona-Herbst mit einer Quote von gerade einmal etwas mehr als 60 Prozent vollständig Geimpfter. Es ist trotz aller Impfpfelle von Politikern, Wissenschaftlern, Künstlern, Sportlern und zuletzt auch von Influencern, die junge Impfskeptiker emotional ansprechen, nicht erkennbar, dass diese Zahl in den nächsten Wochen signifikant steigt. Stattdessen wächst die Zahl der täglichen Neuinfektionen kontinuierlich. Und auch die Zahl der an Covid-19 Erkrankten auf Intensivstationen hat erstmals seit Juni wieder die Zahl von 1000 überschritten.

Die Entwicklung gibt trotz erfreulich gesunkener Todeszahlen auch deshalb Anlass zur Sorge, weil sich das soziale Leben vieler ungeimpfter junger Menschen nicht mehr vorwiegend im Freien abspielt und die geselligen Kontakte wieder mehr in Innenräumen stattfinden. Dort ist die Infektionsgefahr im Blick auf die ansteckendere Delta-Variante des Virus um ein Vielfaches höher. Nicht nur der Virologe Christian Drosten mahnt, dass die derzeitige Impfquote

„absolut nicht ausreicht“, um unbesorgt in den Herbst zu gehen.

Ob es in dieser kritischen Lage sinnvoll ist, die vom Staat finanzierten Impfzentren, wie jetzt von einigen Bundesländern begonnen, im großen Stil zu schließen, muss bezweifelt werden. Zwar hat sich der Zulauf dorthin in den vergangenen Wochen deutlich verringert. Nicht zuletzt, weil das im Frühsommer stark ausgebauten Impfangebot in Zehntausenden Hausarztpraxen millionenfach angenommen wurde. Doch gerade viele Jüngere haben gar keine Hausärzte mehr. Für sie wären Impfzentren trotz aller mobiler Impfteams in Brennpunktgebieten oder vor Clubs und Einkaufszentren weiter eine passgenaue, vertrauenswürdige, unkomplizierte Anlaufstelle mit guter medizinischer Beratung vor dem Pils. Auch mit Blick auf die im Winter notwendigen dritten Auffrischungsimpfungen ist die vollständige Abwicklung nicht unbedingt empfehlenswert. In Bayern hat man dies erkannt. Dort bleiben die Impfzentren mit verringerter Kapazität noch bis in das nächste Jahr hinein geöffnet. Das ist eine weise Entscheidung.

Getrieben von Schuldgefühlen

Von Peter Carstens

V ier Tage war Außenminister Heiko Maas um das brodelnde Afghanistan herum unterwegs, um zu retten, wer noch zu retten ist. Auf den Stationen seiner hektischen Reise ging es in Antalya, Taschkent, Duschanbe, Islamabad darum, für Zehntausende einen Ausweg zu finden, denen Maas in Deutschlands Namen die Rettung vor den Taliban versprochen hat. Der erste Versuch, dieses Versprechen einzulösen, ist gescheitert. Die Bundeswehr hat zwar mehr als fünftausend Personen aus Kabul ausgefliegen. Doch nach aktuellen Zählungen waren unter den 4000 Afghanen nur 138 frühere Ortskräfte und deren Familienangehörige, insgesamt etwa 650 Personen. Wie genau die Übrigen in die Maschinen gekommen sind, ist derzeit ebenso ungeklärt wie die Frage, warum so viele Verzweifelte zurückbleiben mussten.

Getrieben von Schuldgefühlen, hat das Auswärtige Amt unterdessen die Rettungslisten immer weiter ergänzt. Inzwischen geht es um mehr als 50 000 Menschen, jeden Tag kommen neue hinzu, für die eine Aufnahmegarantie gilt. Das ist eine moralisch begründete Vervielfachung der anfänglichen Schätzungen. Maas und die deutsche Diplomatie arbeiten daran, diesen Schutzbedürftigen die Ausreise zu ermöglichen. Dafür waren nun tiefe Verbeugungen nötig, auch gegenüber einer Terrororganisation und Regimen übler Sorte in Afghanistans Nachbarschaft.

Zur Öffnung eines Luftwegs hat sich die Türkei für den Betrieb des zivilen Flughafens in Kabul angeboten. Sie nähert sich damit wieder der europäischen Diplomatie und der NATO an. Geradeweise lieblich klug, wie der deutsche Außenminister, der „liebe Heiko“, und sein türkischer Kollege, der „liebe Mevlüt“, einander während eines ersten Zwischenstopps der Maas-Reise lobten. Anschließend, in Usbekistan, hatte der Außenminister es mit einer Regierung zu tun, der Deutschland in den letzten Wochen viel zu verdanken hat, unter anderem die Nutzung des Flughafens von Taschkent durch die Bundeswehr.

Beim Demokratieindex des Economist liegt Usbekistan auf Platz 155 von 167. Immerhin zwei Plätze vor Tadschikistan. In der dortigen Hauptstadt Duschanbe fiel Maas seine Rolle als Bittsteller besonders schwer, denn dort herrscht ein totalitäres Regime. Maas musste einen Potentaten um Grenzöffnung bitten, der seine Untertanen per Gesetz zwingt, ihn als „Führer der Nation“ anzuspüren.

In Pakistan, wo Maas zuallererst dem Generalstabschef der Armee seine Aufwartung machte, musste der deutsche Chef-Diplomat sich die Belehrungen seines Kollegen anhören. Dass Islamabad jahrelang Fraktionen der Taliban-Bewegung unterstützt und in ihrer Ambivalenz zur Destabi-

lisierung Afghanistans beigetragen hatte, dazu kein Wort. Die Fortschrittsberichte, die der Westen über Jahre geliefert habe, seien verlogen gewesen, so Pakistans Außenminister. In diesem Punkt könnte, ja müsste das Auswärtige Amt sogar zustimmen. Aber zu hören ist dergleichen, wenn überhaupt, nur von pensionierten Diplomaten. Martin Kobler etwa war lange in Afghanistan und 2017 deutscher Botschafter in Pakistan. Er gab zu, die Abgesandten oder Offiziere in Kabul oder Kundus hätten korrekt den Ernst der Lage beschrieben. Doch seien die Berichte in höheren Etagen dann „über viele, viele Jahre geschönt“ worden. Auch Deutschland habe außerdem Korruption und schlechtes Regieren in Afghanistan

Deutscher Außenpolitik wird eine Lektion erteilt: Nationalen Interessen dienen auch Potentaten.

nicht verhindert, sondern gefördert. „Hundert Millionen Dollar“ hätten die Regierungen „außer Landes gebracht und in Immobilien in London oder Dubai oder wo immer investiert“. Mehrere deutsche Außenminister haben das gewusst. Zuletzt auch Heiko Maas, der oft genug in Kabul war. Zugleich gab er sich selbst her für surreale „Afghanische Schülerinnen machen Kunst“-Szenen, die inmitten der befestigten Betonlandschaften des deutschen Feldlagers inszeniert wurden.

Die Rechnung für Illusionen, Wegs schauen und Wirklichkeitsverlust müssen hauptsächlich diejenigen zahlen, die in Afghanistan für Demokratie und Fortschritt gekämpft haben. Auch viele afghanische Ortskräfte gehörten dazu. Es ist das Mindeste, sie nun vor Repression und Verfolgung zu schützen. Wenn der Wahlkampf vorbei und der Bundestag konstituiert ist, wird sich Deutschland Rechenschaft ablegen müssen über dieses Versagen. Dazu gehört auch die Frage, warum der transatlantische Grundsatz „Gemeinsam rein, gemeinsam raus“ von Washington auf die Hälfte reduziert wurde und was daraus folgt.

Dringlich ist deshalb auch die Neubewertung des längst entgültigen Auslandseinsatzes in Mali. Auch dort steht die Bundeswehr weniger auf Grundlage nationaler Interessen als auf Bitten eines engen Verbündeten, in diesem Fall Frankreichs. Der Einsatz dauert schon acht Jahre, und die Lage bessert sich nicht. Im Gegenteil: Korruption blüht, es wird geputscht und getötet. Ende Juni wurden bei einem Selbstmordanschlag zwölf deutsche Soldaten verletzt. Eine erste Lehre aus Afghanistan muss sein, diesen Einsatz zu prüfen. Dieses Mal ohne frisierte Berichte.

Ein Kreislauf aus Armut und Gewalt

Australiens Ureinwohner werden bis heute benachteiligt. Viele landen im Gefängnis. Ein Sozialarbeiter will das ändern. Politik, Seite 3

Macron rettet Marseille

Kriminelle Banden und baufällige Schulen – Marseille ist Frankreichs Sorgenkind. Der Präsident will das ändern. Politik, Seite 6

Kultur als Staatsziel?

Das wäre ihr durchaus recht: Kulturstaatsministerin Monika Grütters zieht im Interview eine Bilanz ihrer Amtszeit. Feuilleton, Seite 9

Streit um Nürnbergring

Die EU-Kommission muss den Verkauf nochmals prüfen. Gibt es am Ende ein neues Bieterverfahren? Wirtschaft, Seite 19

Marsch durchs Gebirge

Der Auftritt des Bayern Peter Gajowczyk bei den US Open im Tennis ist eine große Sache, aus jedem Blickwinkel betrachtet. Sport, Seite 31

Das allwissende Büro

Hochtechnisierte Büros helfen beim Energiesparen und der Arbeitsorganisation, verführen aber auch zur Überwachung. Immobilien, Seite 11

Briefe an die Herausgeber, Seite 7

Die meisten Impfzentren schließen im September

itz./kbb. BERLIN/FRANKFURT. Bundesweit wurden bisher etwa 13 000 Auffrisch-Impfungen gegen das Coronavirus verabreicht. Das hat eine Umfrage der F.A.Z. unter den Bundesländern ergeben. Nach Berechnungen des Zentralinstituts für die kassenärztliche Versorgung ist bis zum Jahresende mit bis zu 10,5 Millionen Auffrischungen zu rechnen. Das sollen vor allem niedergelassene Ärzte übernehmen. Nur einige Länder machen von der Möglichkeit Gebrauch, ihre Impfzentren über den 30. September hinaus zu betreiben. Die meisten schließen diesen Monat. (Siehe Seite 4 sowie Wirtschaft, Seite 17.)

